

Hamburgs Elbtower: Steuergeld-Chaos droht Bürgermeister Tschentscher!

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher steht unter Druck, möglicherweise Steuergelder für den umstrittenen Elbtower bereitzustellen.



Hamburg, Deutschland - Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (58, SPD) steht unter immensem Druck bezüglich des umstrittenen Bauprojekts Elbtower, das mit einer Billion Euro veranschlagt ist. Trotz seiner wiederholten Beteuerungen, dass die Stadt keine offenen Rechnungen für das verlorene Projekt eines österreichischen Investors, René Benko (47), übernehmen werde, deuten aktuelle Entwicklungen auf eine Kursänderung hin. Eine Gruppe, angeführt von Tschentscher und mehreren Senatoren, verhandelt jetzt über einen langfristigen Mietvertrag für ein Naturkunde-Museum, das in das viele kritisierte Bauvorhaben integriert werden könnte. Dies bestätigte **Bild**.

Geplant ist ein Mietvertrag von mindestens 30 Jahren, der der Stadt eine finanzielle Belastung von rund 120.000 Euro pro Monat einbringen könnte, was mehr als 43 Millionen Euro über die gesamte Laufzeit bedeutet. Kritiker aus den eigenen Reihen, wie der Bürgerschaftsabgeordnete Markus Schreiber (64), warnen, dass dies alle bisherigen Zusagen Tschentschers und den Bürgerschaftsbeschluss untergraben könnte, der besagt, dass keine Steuermittel für das Projekt verwendet werden sollen. Beunruhigend ist dies auch vor der anstehenden Bürgerschaftswahl, während die Stadt weiterhin mit finanziellen Engpässen kämpft und ein neues Naturkunde-Museum dringend benötigt wird, wie **Steuerzahler Hessen** berichtet.

Steuergeldverschwendung in Hessen

In Hessen wirft der Bund der Steuerzahler ebenfalls ein kritisches Licht auf ähnliche Probleme. Insbesondere die Rückanmietung von Landesimmobilien, darunter der ehemalige Finanzamtsstandort in Wiesbaden, sorgt für Aufregung, da die Miete von jährlich 3,4 Millionen Euro weiterhin bezahlt wird, obwohl die Immobilie leer steht. Die Probleme rühren daher, dass die finanziellen Möglichkeiten nicht richtig eingeschätzt wurden, als die Immobilie vor über 20 Jahren verkauft wurde. Zudem wird auf kostspielige Fehlentscheidungen hingewiesen, wie etwa die Anmietung eines teuren Berliner Fotografen für Porträts der neuen Frankfurter Magistratsmitglieder, anstatt lokalere Anbieter zu buchen, was weitere Steuerverschwendungen aufzeigt.

Der Bund der Steuerzahler fordert von den verantwortlichen Politikern eine transparente und nachhaltige Nutzung dieser öffentlichen Gelder, um weitere Kostenexplosionen und unnötige finanzielle Bürden für die Steuerzahler zu vermeiden.

Details

Vorfall

Korruption, Insolvenz

Details	
Ursache	Mangelnde Finanzierung, Fehlentscheidungen
Ort	Hamburg, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.bild.de • www.steuerzahler-hessen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at